

tacheles

3

18. Jahrgang
März 2016

Das Tarif-Magazin für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer



Einkommensrunde 2016

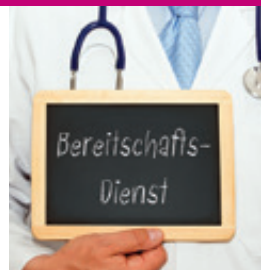
Seite 3

Wir fordern 6 Prozent



Bund und Kommunen
Abschluss der
dbb Branchentage

Seite 8



Seite 12

Rund um die Arbeitszeit
Bereitschaftsdienst oder
Rufbereitschaft

Inhalt

Editorial 2

Einkommensrunde 2016 3

Tarifthemen 4

Teilzeit-TV Sachsen-Anhalt

ATZ Lehrkräfte Sachsen

Sicherheitskräfte Flughäfen Hessen,
Rheinland-Pfalz, Saarland

Land Brandenburg

Lübeck Travemünder

Verkehrsgesellschaft

dataport

Entgeltordnung Lehrkräfte

Branchentage 8

Ratgeber 10

Betriebsverfassungsrecht

Rund um die Arbeitszeit

Buchvorstellungen 13

Rechtsprechung 14

Zitat des Monats 16

Redaktionsschluss:

2. März 2016



Impressum

Herausgeber: dbb beamtenbund und tarifunion,

Bundesleitung, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin,

Verantwortlich: Willi Russ, Fachvorstand Tarifpolitik

Redaktion: Ulrich Hohndorf, Arne Goodson,
Andreas Schmalz

Gestaltung und Satz: Jacqueline Behrendt

Bildnachweis: Titel: Marco Urban, Friedhelm Wind-

müller, milanmarkovic78 (Fotolia), S.2: Marco Urban,

S.3: Friedhelm Windmüller, S.4: dbb, S.5: komba, S. 6:

dbb, S.7: Friedhelm Windmüller, S.10: milanmarko-

vic78 (Fotolia), S.12: DOC RABE Media (Fotolia), S.15:

freshidea (Fotolia), S.16: VKA

Telefon: 030. 40 81 - 54 00, **Fax:** 030. 40 81 - 43 99

E-Mail: tacheles@dbb.de, **Internet:** www.dbb.de

Verlag: dbb verlag GmbH, Friedrichstraße 165,

10117 Berlin, Telefon 030. 726 19 17 - 0

Druck: L.N. Schaffrath DruckMedien GmbH & Co. KG.

Der Bezugspreis für tacheles ist im Mitgliedsbeitrag
enthalten.

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter,

Dechenstraße 15 A, 40878 Ratingen

Anzeigenverkauf: Panagiotis Chrissovergis,

Telefon: 02102. 740 23 - 714, Fax: 02102. 740 23 - 99

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem
Magazin nur die männliche Form verwendet. Sämt-
liche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten
jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

tacheles · 3. März 2016

Editorial

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!



Mitte Februar haben wir in Berlin unsere Forderung beschlossen. Darüber haben wir in unseren Medien ausführlich berichtet und auch im vorliegenden Heft spielt die Einkommensrunde 2016 eine gebührende Rolle. Keine Rolle spielt die Einkommensrunde 2016 in der kleinen Stadt Naunhof, nahe Leipzig. Dort verwei-

gert der Stadtrat, gegen Anraten des Bürgermeisters, seinen Beschäftigten seit über 20 Jahren (!) einen Tarifvertrag. So klein die Kommune sein mag, so groß ist der ordnungspolitische Skandal, wenn eine Handvoll Stadträte bundesweit erfolgreiche tarifpartnerschaftliche Strukturen mit Füßen tritt. Gelegentlich nutzen wir in polemischer Form den Begriff von der „Bezahlung nach Gutsherrenart“. In Naunhof beschreibt dieses Wort die Missstände exakt und ohne jede Übertreibung.

Ich habe vor ein paar Tagen mit dem Bürgermeister in Naunhof sowie mit unseren Mitgliedern dort gesprochen. Unseren Kollegen geht es nicht allein um die finanziellen Einbußen, die sie zum Teil seit 20 Jahren auferlegt bekommen, es geht ihnen mindestens in gleicher Weise um Recht und Respekt. Das war in unserem Gespräch deutlich herauszuhören. Und noch etwas war zu hören und hat mich trotz der widrigen Umstände sehr gefreut. Wir haben in Naunhof eine Truppe beisammen, die nicht aufgeregt und mit der Brechstange ihr Recht durchsetzen will, die vielmehr besonnen und geduldig agiert und weiß, dass wir einen langen Atem brauchen werden. Und noch etwas war bemerkenswert: Unsere Mitglieder dort sind eine verschworene Gemeinschaft. Mittlerweile nämlich hat selbst der Stadtrat gemerkt, dass er bei manchen Berufsgruppen mit seiner vordemokratischen Denkweise im Leipziger Speckgürtel keinen Nachwuchs mehr bekommt und will diese Gruppen aus der Solidarität herausbrechen und besser bezahlen – allerdings auch hier ohne Tarifvertrag. Uns haben jedoch alle Berufsgruppen versichert, dass sie gemeinsam angetreten sind und dass sie auch nur einen Abschluss für alle akzeptieren werden. Auch das war kein pathetisches Bekenntnis, sondern Ergebnis einer nüchternen Analyse, dass bei einer Aufspaltung der Belegschaft am Ende nur der Stadtrat als Sieger durchs Ziel geht.

Die Lage vor Ort ist nichtsdestotrotz schwierig, aber mit gleichermaßen entschlossen wie langmütigen Kollegen lässt sich viel bewegen. Ich hoffe, das gilt nicht nur für Naunhof, sondern auch für die anstehende Einkommensrunde in Potsdam.

Mit freundlichen Grüßen

Willi Russ

dbb-Beschluss

Wir fordern 6 Prozent!



Abstimmung des dbb

In einer gemeinsamen Sitzung von Bundestarifkommission, Bundesvorstand und Grundsatzkommission für Besoldung und Versorgung hat der dbb am 18. Februar 2016 in Berlin seine Forderungen für die Einkommensrunde 2016 mit Bund und Kommunen beschlossen.

Der öffentliche Dienst: Wichtiger denn je

Es besteht große Einigkeit, dass der öffentliche Dienst gestärkt werden muss, damit das schnell ausgesprochene „Wir schaffen das“ kein leeres Versprechen bleibt. Neben der hochwertigen Alltagsarbeit des öffentlichen Dienstes sind nahezu alle öffentlichen Bereiche auch von der aktuellen Integrationsarbeit betroffen. Gerade der öffentliche Dienst setzt dieses Versprechen der Politik um und sagt: „Wir machen das!“ Um auch in Zukunft attraktive Arbeitsplätze anbieten zu können, müssen die Beschäftigten besser bezahlt werden.

Längst fällig: Eine neue Entgeltordnung im kommunalen Bereich

Seit über zehn Jahren gibt es den TVöD, allerdings fährt dieses Tarif-Mobil noch mit einem alten BAT-Motor. Im Rahmen der Einkommensrunde müssen die kommunalen Arbeitgeber endlich zum Abschluss einer modernen Entgeltordnung bereit sein, ohne die in vielen Bereichen kaum noch gut ausgebildete

Kräfte eingestellt werden können. Dies wird exemplarisch am eklatanten Personalmangel im Bereich des Öffentlichen Gesundheitsdienstes deutlich.

Weder bescheiden, noch unbescheiden: Wir wollen spürbar mehr Einkommen

Die Wirtschaft boomt und die Staatskassen sind gefüllt. Das hat viel mit dem öffentlichen Dienst und seiner starken Leistung zu tun. Der Wirtschaftsstandort Deutschland lebt von seinen verlässlichen Strukturen. Aus diesem Grund fordern wir angemessene Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg. Und Teilhabe meint mehr als Inflationsausgleich.

Jugend ist mobil und engagiert

Mit dem kostbaren „Rohstoff“ gut ausgebildeter und engagierter junger Menschen geht der öffentliche Dienst noch immer viel zu sorglos um. Noch immer wird der Wettbewerb mit der privaten Wirtschaft nicht wirklich geführt. Die Einkommensrunde 2016 ist geeignet, hier Zeichen zu setzen, dass Jugend im öffentlichen Dienst ein hoher Wert ist und die Nachwuchsförderung konkret zu gestalten ist.

Befristungspraxis im öffentlichen Dienst ändern

Der öffentliche Dienst ist kein kurzlebige Projekt, sondern unabdingbare und

kontinuierliche Basis für das Funktionieren unserer Gesellschaft. Dafür brauchen wir Kontinuität und Erfahrung. Das wird gerade jetzt deutlich, wenn es gilt, die Herausforderungen im Zusammenhang mit der großen Zahl an Flüchtlingen und Migranten zu meistern. Deshalb ist unsere Forderung nach tariflichem Ausschluss sachgrundloser Befristungen ein gutes Mittel, mehr Kontinuität und Erfahrung im öffentlichen Dienst zu halten.

Es gibt nur einen öffentlichen Dienst

Nach der letzten Verhandlungsrunde in Potsdam muss klar sein: Die linearen Komponenten des Abschlusses werden wirkungsgleich auf den Beamtenbereich übertragen. Besser noch, der Bundesinnenminister stellt gleich zum Verhandlungsauftritt klar, dass die Bundesbeamten keine Bittsteller sind, sondern wichtiger Bestandteil eines unteilbaren öffentlichen Dienstes. Die Teilhabe aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes an der wirtschaftlichen Entwicklung muss statusunabhängig erfolgen.

Den vollständigen Beschluss finden Sie auf den Sonderseiten des dbb zur Einkommensrunde 2016 unter www.dbb.de. ■

Der dbb fordert:

- Lineare Erhöhung der Tabellenentgelte um 6 Prozent
- Nachwuchsförderung konkret gestalten:
 - Erhöhung der Auszubildenden- und Praktikantenentgelte um 100 Euro monatlich
 - Unbefristete Übernahme aller Auszubildenden
 - Vollständige Übernahme von Reisekosten zu einer auswärtigen Berufsschule oder zu überbetrieblichen Ausbildungsmaßnahmen
 - 30 Tage Urlaub für Auszubildende
- Laufzeit: 12 Monate
- Zügige Einführung einer neuen Entgeltordnung im kommunalen Bereich
- Tariflicher Ausschluss sachgrundloser Befristungen
- Verlängerung der Altersteilzeitregelungen
- Gesundheitsschutz für Flughafenfeuerwehr
- Wirkungsgleiche Übernahme für Beamte sowie Versorgungsempfänger